

KONFLIKT UM BERGKARABACH

# Krieg zur Imagehebung

Mehr als zwanzig Jahre nach dem Waffenstillstand wird im Kaukasus wieder gekämpft. Wie kam es zu dieser plötzlichen Eskalation?

VON VICKEN CHETERIAN



Einbruch in den Alltag: Während der Kämpfe um Bergkarabach organisiert ein Mitglied einer Selbstverteidigungsmiliz Nachschub an Waffen. FOTO: QUELLE UNBEKANNT, VIA REUTERS

Jahrelang blieb die Frontlinie im Konflikt um Bergkarabach unverändert. In den Morgenstunden des 2. April verwandelte sie sich dann plötzlich in ein Kriegsgebiet: Fünf Tage lang beschossen sich armenische und aserbaidschanische Truppen mit Raketenwerfern, auch Kampfhelikopter und bewaffnete Drohnen kamen zum Einsatz.

Es waren die schwersten Gefechte in Bergkarabach seit dem Waffenstillstand vor über zwanzig Jahren. Beide Konfliktparteien schoben sich zwar jeweils die Rolle des Aggressors zu. Doch ein nüchterner Blick auf die Entwicklung zeigt: Die Gewalt eskalierte zwar unvermittelt, aber nicht überraschend.

## Vertreibungen und Demonstrationen

Der Konflikt um Bergkarabach ist der älteste auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Bereits Josef Stalin erklärte die kleine Region mit armenischer Bevölkerungsmehrheit 1923 zum «autonomen Gebiet» innerhalb Aserbaidschans. Im Lauf der Jahrzehnte hatten die ansässigen ArmenierInnen immer wieder für mehr Selbstbestimmung gekämpft. Beflügelt von Michail Gorbatschows Perestroika-Reformen, verlangten sie 1988 schliesslich den Anschluss an Armenien.

Daraufhin spitzte sich der Konflikt zu: Auf beiden Seiten wurden AnwohnerInnen vertrieben, antiarmenische Pogrome forderten in verschiedenen aserbaidschanischen Städten zahlreiche Todesopfer. In Armenien bekundeten Hunderttausende an Grossdemonstrationen ihre Solidarität. Derweil formierte sich in Aserbaidschan eine Gegenbewegung, die den Verbleib Bergkarabachs in Aserbaidschan forderte. Die sowjetischen Behörden beschränkten sich auf Vermittlungsversuche, griffen jedoch nicht aktiv ein.

1991 brach die Sowjetunion zusammen. Der bis dahin interne Konflikt weitete sich zu einem Krieg zwischen zwei unabhängigen Staaten aus. Bis zu 50000 Menschen starben, mehr als eine Million wurden vertrieben.

## Petrodollars für Aserbaidschan

Die Führung in Baku war zu diesem Zeitpunkt in einen heftigen Machtkampf zwischen politischer Elite und nationalistischer Bewegung verwickelt. Hejdar Alijew – zu Sowjetzeiten der einflussreichste Politiker des Landes – ging als Sieger hervor: 1993 wählte man ihn zum Präsidenten.

Als Alijew im Mai 1994 schliesslich einen Waffenstillstand unterzeichnete, hatte Armenien die Kontrolle über Bergkarabach und weitflächige Gebiete im Umland erlangt. In den folgenden Jahren fanden intensive Verhandlungen mit Armenien statt, um den Konflikt dauerhaft beizulegen. Alijew bot der armenischen Bevölkerung Bergkarabachs etwa weitere reichende Selbstbestimmungsrechte an. Im Gegenzug sollte Armenien die besetzten Gebiete

aufgeben. Doch der Friedensprozess scheiterte – nicht zuletzt an der Opposition innerhalb der aserbaidschanischen Führung.

Nach dem Tod des Präsidenten erbe des Sohn Ilham Alijew 2003 das Amt. Schon vorher hatte der Vater einen Grossauftrag an den Ölkonzern BP vergeben – dieser sollte die Rohstoffförderung am Kaspischen Meer in Gang bringen. Nun stiegen die Ölexporte, die Erlöse daraus flossen nach Baku.

Der neue Präsident investierte das Geld in die Militarisierung des Landes: Zwischen 2003 und 2014 wurde das aserbaidschanische Verteidigungsbudget von 175 Millionen auf 4,8 Milliarden US-Dollar aufgebläht. Damit übersteigt es seit einigen Jahren den gesamten Staatshaushalt Armeniens. Gleichzeitig verschärfte Alijew seine Rhetorik: Sollte Bergkarabach nicht am Verhandlungstisch zurückzugewinnen sein, würde er dies auf militärischem Weg tun.

Derweil kam die Regierung in den vergangenen Jahren vermehrt unter Druck. Die Ölproduktion ist seit 2011 rückläufig, der globale Ölpreisverfall versetzte dem Land 2014 einen zusätzlichen Schlag: Staatliche Einnahmen gingen abrupt zurück, die Landeswährung fiel auf ein Drittel ihres vorherigen Werts. In verschiedenen Städten gingen die Menschen auf die Strasse, um ihrer Unzufriedenheit Gehör zu verschaffen.

## Mehr Opfer, grössere Instabilität

Vor diesem Hintergrund ist auch die neuerliche Eskalation zu betrachten. Jahrelang war der Waffenstillstand weitgehend eingehalten worden, obwohl er lediglich von einer kleinen OSZE-Mission überwacht wurde. Erst im Zuge der wachsenden innenpolitischen Spannungen in Aserbaidschan wurden Schusswechsel an der Frontlinie wieder häufiger.

Die aserbaidschanische Armee ging bei ihrer letzten Operation schnell und koordiniert vor, gleich am ersten Tag wurden acht Ortschaften besetzt. Der Vorstoss scheint geplant gewesen zu sein. Die Führung in Baku könnte versucht haben, ihr angekratztes Image durch einen raschen militärischen Erfolg wiederherzustellen.

Aus dem schnellen Sieg wurde jedoch nichts – im Gegenteil: Bereits am ersten Tag starben auf beiden Seiten Dutzende Menschen. Es zeichnete sich ab, dass weitere Kämpfe nur zu mehr Opfern und grösserer Instabilität führen würden. Auf armenischer Seite verloren derweil die BefürworterInnen einer friedlichen Lösung an Rückhalt. In Zukunft könnten Hassreden in der Öffentlichkeit und Kämpfe an der Front weiter zunehmen. Einen zweiten Krieg zu verhindern, wäre unter diesen Voraussetzungen schwierig.

Aus dem Englischen von Raphael Albisser.

Vicken Cheterian ist regelmässiger WOZ-Autor. 2011 ist im Londoner Hurst Verlag sein Buch «War and Peace in the Caucasus. Russia's Troubled Frontier» erschienen.

SCHWEIZER VERSICHERER IM AMAZONASGEBIET

# Wer macht mit bei der Infrastrukturorgie?

Die brasilianische Regierung plant neue Staudämme – nun warnt Greenpeace internationale Konzerne davor, bei solchen Megaprojekten mitzumachen.

VON MARKUS SPÖRNDLI

Seit Monaten wird Brasilien von einem epischen Korruptionsskandal beherrscht. Es geht um ein komplexes System aus Betrug, Bestechung und Geldwäsche, in dem zwei Milliarden Franken an Schmiergeldzahlungen geflossen sein sollen. Trotz politischer und wirtschaftlicher Krise hält die Regierung an der Illusion fest, Brasilien sei ein wirtschaftlich rasch wachsender «Tigerstaat», dessen zusätzlicher Energiebedarf nur durch den Bau von Megastaudämmen im Amazonasgebiet gedeckt werden könne. Allein im Umfeld des Tapajós – eines der letzten unberührten grossen Zuflüsse des Amazonas – sollen fünf neue Wasserkraftwerke entstehen. Das erste und weitaus grösste, mit einer maximalen Leistung von 8040 Megawatt, ist São Luiz do Tapajós.

Ein Grund dafür, dass sich der Start des Projekts bisher verzögert hat, ist der Korruptionsskandal. Ein weiterer ist die strategisch geschickte Kampagne der von São Luiz hauptsächlich betroffenen indigenen Bevölkerung. Munduruku-Krieger waren an den Xingu-Fluss gereist, wo seit Jahren das Kraftwerk von Belo Monte gebaut wird. Dieses ist mit einer maximalen Leistung von 11 000 Megawatt das drittgrösste der Welt. Dort konnten sie sich den bestehenden Protesten anschliessen und auf ihr eigenes Anliegen aufmerksam machen. Und inzwischen hat auch Greenpeace eine Kampagne gestartet. Soeben, am vergangenen Mittwoch, hat die Umweltorganisation einen Bericht veröffentlicht, in dem wahrscheinliche negative Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Klima detailliert dargelegt werden.

Dabei geht es um weit mehr als nur zusätzliche Energieversorgung, die, wie der Greenpeace-Bericht aufzeigt, locker mit Wind- und Solarprojekten gedeckt werden könnte. «Die Staudämme sind Teil einer Infrastrukturorgie», sagt Verena Glass von der linken Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo. «Über neu entstehende Wasserstrassen und Häfen sollen Soja, Eisenerz und andere Rohstoffe herausgeschafft werden.» Davon profitiere vor allem China, das auch als Grossinvestor auftritt.

## «Inakzeptable Auswirkungen»

Mit der Aktion zielt Greenpeace vor allem auf transnationale Unternehmen. «Sie haben nicht nur mehr Alternativen als einheimische Firmen», so Kampagnenleiterin Tica Minami, «sondern auch striktere soziale und ökologische Kriterien und somit eine Reputation zu verlieren.» Neben der Finanzierung (die zunehmend von chinesischen Banken übernommen wird) kommt der Versicherungsbranche eine Schlüsselrolle zu, um solche Projekte überhaupt zu ermöglichen. Deshalb sucht Greenpeace auch das Gespräch mit den grossen Schweizer Versicherungskonzernen. Man will sie davon überzeugen, sich gar nicht erst für

die Aufträge zu bewerben, die seit kurzem ausgeschrieben sind.

Wie empfänglich sind Schweizer Versicherer für solche Argumente? Swiss Re, eines der zwei grössten Rückversicherungsunternehmen der Welt, will zwar nichts von vornherein ausschliessen: «São Luiz do Tapajós werden wir anschauen, falls ein Kunde deswegen auf uns zukommt, was bisher nicht geschehen ist», sagt Andreas Spiegel, Leiter der Abteilung Nachhaltigkeit und politische Risiken. Er stellt aber auch klar: «Im Amazonasgebiet agieren wir sehr zurückhaltend. Am Belo-Monte-Damm haben wir uns nicht beteiligt, weil er inakzeptable Auswirkungen auf das Ökosystem und vor allem auf die indigene Bevölkerung hat.»

## Kleinliche Ausrede und Versprechen

Anders als Swiss Re ist die Zurich-Versicherung, weltweit der fünftgrösste Erstversicherer, am Belo-Monte-Staudamm beteiligt: «Seit 2011 versichern wir die Konstruktionsarbeiten dieses Projekts», sagt Matia Cazzaniga, globaler Leiter für Bau- und Technikversicherungen. «Als wir uns 2010 für Belo Monte bewarben, hatten wir noch keinen spezifischen Ansatz, der ethische, ökologische oder soziale Risiken zum Beispiel bei Dammprojekten systematisch erfasst.» Damit meint er die Zurich-interne Strategie zur sogenannten unternehmerischen Sozialverantwortung bei Geschäftstransaktionen, die erst 2012 in Kraft trat. «Egal wie wir das Projekt heute beurteilen: Vertraglich sind wir bis zum Abschluss der Konstruktionsarbeiten gebunden.»

Das mag eine kleinliche Ausrede für das bisherige Engagement am Amazonas sein – aber auch ein Versprechen, sich in Zukunft zurückzuhalten. Ob dies gerade bei São Luiz do Tapajós geschieht, will Cazzaniga nicht sagen. Nur so viel: «Bei neuen Projekten engagieren wir uns nur, wenn ethische, ökologische und soziale Richtlinien erfüllt werden.»

Doch was bringt es überhaupt, wenn einzelne Unternehmen bei problematischen Projekten nicht mitmachen? «Höchstwahrscheinlich springen dann andere ein», sagt Andreas Spiegel von Swiss Re, «denn es gibt zu viele Anbieter im Versicherungsmarkt.» Spielraum gebe es aber innerhalb eines Konsortiums. Solche Zusammenschlüsse entstehen, weil einzelne Versicherungen ein grosses Infrastrukturprojekt nicht alleine stemmen können. «Wir haben schon erlebt, dass sich kleinere Versicherer aufgrund unserer Einschätzung ebenfalls zurückgezogen haben», sagt Spiegel.

Laut brasilianischer Regierung werden die Aufträge nach dem Sommer definitiv vergeben. Tica Minami von Greenpeace glaubt nicht daran: «Wegen des Korruptionsskandals ist die Auktion bereits verschoben worden; nach unserer Kampagne wird sie vielleicht nie stattfinden.»



Indigener Widerstand: Mitglieder der Munduruku protestieren im November 2014 gegen den geplanten Staudamm am Tapajós. FOTO: MARIO TAMA, GETTY